

# JAHRESWECHSEL 2020

## INFORMATIONEN UND TIPPS ZUM NEUEN JAHR



### Editorial

Mit dem Jahressteuergesetz 2019 kommt noch in diesem Jahr ein ganzes Füllhorn von neuen steuerlichen Pflichten auf Unternehmen und private Steuerpflichtige zu. Besonders Unternehmen mit grenzüberschreitenden Geschäften werden in Verantwortung gezogen.

In Zeiten von Handelskrieg und Brexit verdienen diese Vorschriften besondere Aufmerksamkeit. Auch die Abschaffung des Solidaritätszuschlages und die Reformen zur Grundsteuer und zur Grunderwerbsteuer entwickeln sich zum bürokratischen Hürdenlauf.

Die Rechengrößen für Mindestlohn und die Sozialversicherungswerte sind besonders zu beachten. Für Bauherren

gibt es das Wohn- und Mietenpaket der Bundesregierung. Und Sparer und Kapitalanleger sollten sich neben der Nullzinspolitik auch an die steuerlichen Änderungen bei Kapitalerträgen herantasten.

Wie jedes Jahr bieten wir Ihnen eine kompakte Übersicht.

Wir wünschen Ihnen ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr 2020!

### Inhaltsverzeichnis

#### Für Unternehmer

- Jahressteuergesetz 2019 | S. 2
- Steuerliche Maßnahmen im Klimapaket | S. 3
- Änderungen bei der Einkommensteuer | S. 3
- Änderungen bei der Gewerbesteuer | S. 4
- Änderungen bei der Umsatzsteuer | S. 4
- Änderungen in der Abgabenordnung | S. 5
- Änderungen im Körperschaftsteuergesetz | S. 6
- Akuter Handlungsbedarf bis zum Jahresende | S. 6
- Weitere Änderungen für Unternehmen | S. 7

#### Löhne, Gehälter, Sozialversicherung

- Die voraussichtlichen Rechengrößen für die Sozialversicherung in 2020 | S. 8
- Erhöhung der Sachbezugswerte Unterkunft / Verpflegung | S. 8
- Gesetzlicher Mindestlohn 2020 | S. 8
- Bereits feststehende Erhöhungen zum 1. Januar 2020 | S. 8
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags | S. 9

#### Für Bauherren und Vermieter

- Intelligente Stromzähler werden Pflicht | S. 9

- Wohngeldreform 2020 | S. 9
- Grundsteuerreform – Das Wesentliche in Kürze | S. 10
- Bundesregierung hat ein Wohn- und Mietenpaket beschlossen | S. 10
- Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus | S. 11

#### Für Heilberufe

- Jahressteuergesetz – Auswirkungen auf Heilberufe | S. 11
- KBV und GKV-Spitzenverband haben Honorar für 2020 vereinbart | S. 11

#### Einkommensteuer und persönliche Vorsorge

- Einkommensteuerliche Änderungen im Rahmen des Jahressteuergesetzes | S. 11
- Steuerliche Grundfreibeträge, Kinderfreibetrag, Kindergeld | S. 12

#### Für Sparer und Kapitalanleger

- Änderungen bei Kapitalerträgen im Privatvermögen | S. 12
- Krypto-Verwahrgeschäft fällt unter Bafin-Aufsicht | S. 12
- Kein Geld verschenken, Riester-Zulage beantragen! | S. 12

### FÜR UNTERNEHMER

#### Jahressteuergesetz 2019

Die Krönung jedes Regierungsjahres ist das Jahressteuergesetz. Diesmal trägt es den sperrigen Namen „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“. Dahinter verbirgt sich wieder eine große Sammelreform mit zahlreichen steuerlichen Änderungen, quer durch fast alle Steuerarten. Das Wichtigste hier im Überblick:

##### **Dienstwagenbesteuerung – Verlängerung der Sonderregelung für Elektrofahrzeuge**

Wird ein Dienstwagen auch privat genutzt, wird dieser Vorteil grundsätzlich mit 1 % des inländischen Listenpreises versteuert (sogenannte Listenpreismethode). Im letzten Jahr wurde für Elektro- und extern aufladbare Hybridfahrzeuge diese Versteuerung halbiert (auf 1 % des halben Listenpreises/Monat). Die Regelung wird bis zum Jahr 2030 verlängert. Zugleich werden aber auch die technischen Anforderungen erhöht. Ab dem Jahr 2022 muss die (rein elektrisch betriebene) Mindestreichweite der geförderten Hybrid-Fahrzeuge 60 km betragen oder ein maximaler CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 50 g/km gelten. Ab 2025 steigt die Mindestreichweite dann auf 80 km (oder maximaler CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 50 g/km).

##### **Sonderabschreibungen für Elektrolieferfahrzeuge**

Für die Anschaffung neuer, rein elektrisch betriebener Lieferfahrzeuge wird eine Sonderabschreibung eingeführt (2020 bis Ende 2030). Damit können Unternehmen bereits im Jahr der Anschaffung eines solchen Fahrzeugs zusätzlich zu den regulären Abschreibungsmöglichkeiten die Hälfte der Anschaffungskosten steuerlich abschreiben.

##### **Steuerbefreiung für Ladestrom und Pauschalbesteuerung für Ladevorrichtung**

Das kostenfreie Aufladen des Elektro- oder Hybridelektrofahrzeugs im Betrieb des Arbeitgebers ist steuerfrei. Ebenso können betriebliche Ladevorrichtungen an Beschäftigte überlassen werden, ohne dass dieser Vorteil versteuert werden muss. Übereignet der Arbeitgeber Ladevorrichtungen für die Nutzung außerhalb des Betriebes oder leistet Zuschüsse für den Erwerb und die Nutzung von Ladevorrichtungen, kann dieser geldwerte Vorteil pauschal mit 25 % versteuert werden. Die bisher bis Ende 2020 befristeten Regeln werden nun um 10 Jahre verlängert (bis zum 31. Dezember 2030). Voraussetzung ist, dass die Arbeitgeberleistungen zusätzlich zum regulären Arbeitslohn gewährt werden.

##### **Gewerbsteuerliche Erleichterungen bei Miete und Leasing von Elektrofahrzeugen**

Unternehmen, die umweltfreundliche Fahrzeuge mieten oder leasen, sollen künftig steuerlich bessergestellt werden. Für Elektrofahrzeuge und extern aufladbare Hybridelektrofahrzeuge (die bestimmte Schadstoffausstoß- oder Reichweitenkriterien erfüllen) sowie für angemietete

Fahrräder, die keine Kraftfahrzeuge sind, wird bis 2030 der bisherige Umfang der Hinzurechnung bei der Gewerbesteuer halbiert. Das verringert auch die tatsächliche Steuerzahlung.

##### **Steuerbefreiung für betriebliche Fahrräder oder Elektrofahräder**



Wird ein Dienstfahrrad den Beschäftigten auch für den Privatgebrauch kostenlos zur Verfügung gestellt, ist das seit 2019 dann steuerfrei, wenn es zusätzlich zum regulären Arbeitslohn erfolgt. Auch Betriebsinhaber selbst müssen die private Nutzung nicht versteuern. Diese Regelungen werden bis zum 31. Dezember 2030 verlängert.

##### **Vergünstigter Wohnraum für Beschäftigte**

Wer seinen Beschäftigten günstigen Wohnraum zur Verfügung stellt, leistet einen wichtigen Beitrag gegen knappen Wohnraum und steigende Mieten. Bisher müssen Beschäftigte den finanziellen Vorteil gegenüber der ortsüblichen Miete jedoch versteuern. Das verringert den eigentlich gewünschten Effekt, insbesondere, da die ortsübliche Vergleichsmiete in den letzten Jahren vielerorts deutlich gestiegen ist.

Für die Berechnung des steuerlichen Vorteils wird deshalb ein Abschlag eingeführt. Im Ergebnis müssen damit Beschäftigte, die mindestens zwei Drittel der ortsüblichen Vergleichsmiete zahlen, den finanziellen Vorteil nicht mehr versteuern. Da mit dieser Regelung allerdings nicht die Anmietung von Luxuswohnungen gefördert werden soll, gilt der Abschlag nur bis zu einer ortsüblichen Vergleichsmiete von 25 EUR/qm (kalt).

##### **Regierung legt Share Deal-Reform auf Eis**

Mit einem weiteren Gesetzentwurf sollte eine missbräuchliche Praxis zur Steuervermeidung durch – meist finanzstarke – Unternehmen eingedämmt werden, die sogenannten Share Deals. In bisheriger Form wird die Grunderwerbsteuer immer dann fällig, wenn das Eigentum an einem Grundstück übergeht.

Um diese Grunderwerbsteuer zu vermeiden, wird häufig ein Unternehmen gegründet, dessen einziger Vermögensgegenstand ein Grundstück (mit Geschäftsgebäude) ist. Wenn nun statt des Grundstücks lediglich Anteile an dieser Gesellschaft erworben werden, bleibt sie rechtlich Eigentümerin der Grundstücke, es findet daher kein Eigentumswechsel des Grundstücks statt.



# JAHRESWECHSEL 2020

## INFORMATIONEN UND TIPPS ZUM NEUEN JAHR

Bisher wurde bei einem Erwerb von weniger als 95 % der Anteile einer solchen Gesellschaft innerhalb von fünf Jahren keine Grunderwerbsteuer fällig. Finanzstarke Unternehmen sind beim Kauf hochpreisiger Unternehmen oft knapp unter diesen Grenzen geblieben, um die Steuer zu sparen. Im sechsten Jahr wurden dann aber beispielsweise die fehlenden 5 % der Gesellschaftsanteile übertragen.

Das Bundeskabinett hat jetzt überraschend die Reform der Regelungen für Share Deals bei Immobilienverkäufen verschoben. Das Gesetzgebungsverfahren soll erst in der ersten Hälfte des kommenden Jahres zum Abschluss gebracht werden. Unklar ist, ab wann die Reform dann greifen soll. Unklar ist zudem, ob nachträglich auch Unit Deals in das Gesetz gepackt werden sollen.

### Steuerfreiheit für Weiterbildungsleistungen des Arbeitgebers

Beschäftigte sollen sich weiterbilden. Weiterbildungsleistungen des Arbeitgebers, die der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitnehmers bzw. der Arbeitnehmerin dienen, sind zukünftig steuerfrei.

### Mehr Vorteile für Beschäftigte bei Dienstreisen

Die Verpflegungspauschalen werden erhöht. Zukünftig können Beschäftigte bei mehrtägigen Dienstreisen nun pro Tag 28 EUR (statt bisher 24 EUR; + 17 %), bei Abwesenheiten zwischen 8 und 24 Stunden 14 EUR (statt bisher 12 EUR; + 17 %) ansetzen. Außerdem werden die Regelungen für Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer durch die Einführung eines gesetzlichen Pauschetrags vereinfacht. Kosten, die mit der Übernachtung im Dienstfahrzeug in Zusammenhang stehen, können sie zukünftig pauschal mit 8 EUR pro Tag ansetzen. Alternativ können auch die tatsächlichen Kosten bei der Steuer geltend gemacht werden, wenn diese höher sind.

### Steuerfreies Job-Ticket und Einführung einer Pauschalbesteuerung für Job-Tickets

Jobtickets – und damit öffentliche Verkehrsmittel, insbesondere im Nahverkehr – sollen noch stärker genutzt werden. Überlässt der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein entsprechendes Ticket oder leistet er dafür Zuschüsse, bleiben diese Vorteile seit 2019 steuerfrei. Allerdings ist der entsprechende Betrag von den Beschäftigten auf die als Werbungskosten abziehbare Entfernungspauschale anzurechnen. Um insbesondere für nur gelegentliche Nutzer eines Jobtickets – die z. B. derzeit hauptsächlich den privaten PKW für den Weg zu Arbeit verwenden – mehr Anreize zu schaffen, können die geleisteten Zuschüsse bzw. der geldwerte Vorteil des Jobtickets künftig alternativ auch beim Arbeitgeber pauschal mit 25 % besteuert werden.

Bei dieser steuerlichen Lösung entsteht Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern durch die unentgeltliche Gewährung z. B. eines Jobtickets – welches er nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzen kann – kein steuerlicher Nachteil.

### Klarheit beim Sachlohnbezug

Sachbezüge, die der Arbeitgeber kostenlos oder vergünstigt gewährt, sind bis zu der Grenze von 44 EUR im Monat steuerfrei. Die Regelung wird von Arbeitgebern zum Beispiel für Zuschüsse zu Krankenzusatzversicherungen für Beschäftigte genutzt. Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Vorteile auch zukünftig nutzen können, bleibt die Regelung bestehen.

### Steueridentifikationsnummer

Ab dem 1. Januar 2020 soll Arbeitnehmern, die in Deutschland lediglich der beschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen, auch eine Steueridentifikationsnummer zugeteilt werden. Diese Zuteilung soll durch den Arbeitnehmer beim Betriebsstättenfinanzamt des Arbeitgebers vorgenommen werden.

Quelle: BMF

## Steuerliche Maßnahmen im Klimapaket



Die Bundesregierung verfolgt mit dem Klimaschutzprogramm 2030 einen Ansatz, mit einem breiten Maßnahmenbündel aus Innovationen, Förderung, gesetzlichen Standards und Anforderungen sowie mit einer Bepreisung von Treibhausgasen, die vorgegebenen Klimaschutzziele zu erreichen. Dieser Ansatz bietet auch für Unternehmer, Hausbesitzer, Pendler etc. eine Reihe steuerlicher Änderungen und Chancen, wie z. B. die Anhebung der Pendlerpauschale, die Entlastung von Wohngeldbeziehern, die Förderung von Klimaschutzprojekten. Über diesen Link kommen Sie zu einer Übersicht der vielfältigen Maßnahmen: [tinyurl.com/klima-2030](https://tinyurl.com/klima-2030)

## Änderungen bei der Einkommensteuer

### Abzugsverbot von Geldbußen

Geldbußen, Ordnungsgelder, Verwarnungsgelder und Nachzahlungszinsen auf hinterzogene Steuern, die gerichtlich in anderen Mitgliedstaaten der EU nach dem 31. Dezember 2018 festgesetzt werden, sollen künftig nicht mehr als Betriebsausgaben abgezogen werden können (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 8 und Nr. 8a EStG-E).

### Sonderausgaben bei Beiträgen zur Sozialversicherung

Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung für das eigene Kind, die von den Erziehungsberechtigten wirt-

schaftlich (Bar- oder Sachunterhalt) getragen werden, sollen künftig bei diesen als Sonderausgaben zu berücksichtigen sein (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 StG-E).

### **Anpassung des Kapitalertragsteuerabzugs für neue Anlageformen**

Im Jahressteuergesetz wird auch die Anpassung des Kapitalertragsteuerabzugs für neue Anlageformen berücksichtigt. Künftig sollen dem Kapitalertragsteuerabzug auch Zinsen dieser Anlagen unterliegen. Dazu zählt z. B. das sogenannte Crowdfunding, bei dem sich überwiegend Privatleute über eine Internetplattform an der Finanzierung von Dienstleistungen, Anschaffungen oder Start-ups beteiligen.

### **Fondsetablierungskosten – keine sofort abziehbaren Betriebskosten**

Fondsetablierungskosten sollen rückwirkend auch künftig noch zu den Anschaffungskosten und nicht zu den sofort abzugsfähigen Betriebsausgaben/Werbungskosten gehören (§ 6e EStG-E). Dabei geht es um Anschaffungskosten bei der gemeinschaftlichen Anschaffung von Wirtschaftsgütern mit weiteren Anlegern gemäß eines von einem Projektanbieter vorformulierten Vertragswerks.

## **Weitere Änderungen bei der Gewerbesteuer**



### **Änderungen beim Schachtelprivileg**

Die Kürzungsnorm des § 9 Nr. 7 GewStG für Gewinne aus Beteiligungen aus einer Kapitalgesellschaft mit Geschäftsleitung und Sitz im Ausland soll geändert werden. Sie soll nur noch angewendet werden, sofern der Kapitalanteil zu Beginn des Erhebungszeitraums mindestens 15 % am Nennkapital beträgt.

Die Neuregelung gilt als Reaktion auf die EuGH-Entscheidung in der Rechtssache EV (Urteil vom 20. September 2018, C-685/16). Sie unterscheidet außerdem nicht, ob es sich um eine Gesellschaft mit Geschäftsleitung und Sitz im europäischen oder im übrigen Ausland handelt. Dies soll ab dem Erhebungszeitraum 2020 Anwendung finden. Für vorangegangene Erhebungszeiträume sind für Drittsachverhalte dementsprechend weiterhin die gleichlautenden Ländererlasse vom 25. Januar 2019 anzuwenden.

## **Änderungen bei der Umsatzsteuer**

### **Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr**

Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr sollen zukünftig erst ab einem Rechnungsbetrag über 50 EUR freigestellt werden (§ 6 Absatz 3a UStG).

### **Änderungen bei innergemeinschaftlichen Lieferungen (§ 6a Abs. 1 Satz 1 UStG-E)**

Es kann zur Ablehnung der Steuerfreiheit für eine innergemeinschaftliche Lieferung kommen, wenn der liefernde Unternehmer seiner Pflicht zur Abgabe der zusammenfassenden Meldung (§ 18a UStG) nicht, nicht vollständig und richtig nachgekommen ist, § 4 Nr. 1 Buchst. b UStG-E. Darüber hinaus erfolgt eine Verschärfung weiterer Voraussetzungen für das Vorliegen einer innergemeinschaftlichen Lieferung in § 6a Abs. 1 Satz 1 UStG-E.

### **Quick Fixes – neue Vorschriften für innergemeinschaftliche Lieferungen**

Im Juni 2018 einigten sich die EU-Mitgliedstaaten über Instrumente zur Schließung von Steuerlücken im EU-Mehrwertsteuersystem. Nach vielen Anläufen sollen jetzt die sogenannten Quick Fixes umgesetzt werden. So wird auf EU-Ebene umsatzsteuerrechtlich das definiert, was in Deutschland als Reihengeschäft verstanden wird (§ 3 Abs. 6a UStG-E). Mit diesen Vorschriften werden für innergemeinschaftliche Lieferungen und innergemeinschaftliches Verbringen, Konsignationslager sowie Reihengeschäfte neu gefasst. Damit ist der gesamte innergemeinschaftliche Warenverkehr von den umsatzsteuerlichen Neuregelungen betroffen.

### Was soll sich bereits ab dem 1. Januar 2020 ändern?

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer als rechtliche Voraussetzung: Für alle am Lieferprozess beteiligten Teilnehmer, alle Formulare und Rechnungen, offline wie online, gilt die gültige Steuer-Identifikationsnummer als Voraussetzung, insbesondere für den Akt der Steuerbefreiung.

### **Lieferung im Reihengeschäft**

Künftig gilt bei einer Beförderung oder Versendung durch den ersten Unternehmer in der Kette stets seine Lieferung als warenbewegte Lieferung. Bei einer Beförderung/Versendung durch den letzten Unternehmer in der Kette gilt die Lieferung an ihn als warenbewegte Lieferung. Wenn ein Zwischenhändler (ein Unternehmer, der zugleich Lieferer und Abnehmer ist) befördert oder versendet, gilt grundsätzlich die Lieferung an ihn als warenbewegte Lieferung, es sei denn, er weist nach, dass der Zwischenhändler als Lieferer auftritt. Dazu wird das Umsatzsteuergesetz um einen neuen zusätzlichen Absatz erweitert (§ 3 Abs. 6 Satz 6 UStG).

### **EU-einheitliche Regelung für Konsignationslager**

Bei der umsatzsteuerlichen Behandlung von Warenlieferungen in ein Konsignationslager, das sich in einem anderen Mitgliedstaat befindet (§ 6b UStG-E) wird die

Warenlieferung beim liefernden Unternehmer einer innergemeinschaftlichen Lieferung nach § 6a UStG gleichgestellt und seitens des Erwerbers als innergemeinschaftlicher Erwerb besteuert. Dazu sind folgende Voraussetzungen erforderlich:

- der liefernde Unternehmer hat die vollständigen Adressdaten des Erwerbers
- der liefernde Unternehmer hat im Bestimmungsmitgliedstaat weder Sitz, Geschäftsleitung, Betriebsstätte noch seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt
- Identifikationsnummer gegenüber dem liefernden Unternehmer
- sowohl der Erwerber als auch der liefernde Unternehmer kommen ihrer Aufzeichnungspflicht gem. § 22 Abs. 4g und 4f nach

### Nachweis der innergemeinschaftlichen Lieferung:

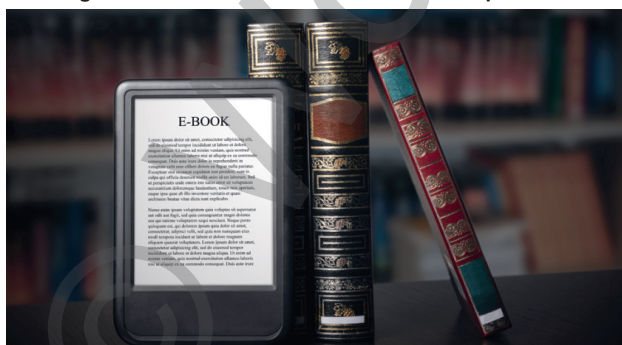
Auf die Nachweise, die Plausibilität und Glaubwürdigkeit grenzüberschreitender Lieferungen wird zukünftig noch deutlich mehr die Aufmerksamkeit der Finanzbehörden liegen. Verbringensnachweis und Gelangensbestätigung werden durch CMR-Frachtbrief, Ladepapiere, Luftfrachtrechnung, Speditionsrechnung etc. zum Beweis. Und in allen Fällen, damit Geschäfte nicht platzen oder eine Fahndung auslösen, muss die Identifikationsnummer angegeben werden, wobei jeder in einer Lieferkette sich davon überzeugen muss, dass hinter den angegebenen Nummern auch existierende Firmen stehen.

### Steuerhinterziehung – keine Regel ohne Strafandrohung

Mit dem § 25f UStG-E werden „schmerzhaft“ Strafen angedroht. Wer sich an illegalen Karussell- und Kettengeschäften beteiligt und Umsatzsteuern hinterzieht, muss damit rechnen, dass er

- die Steuerbefreiung bei innergemeinschaftlichen Lieferungen,
- den Vorsteuerabzug aus Eingangsrechnungen,
- den Vorsteuerabzug aus innergemeinschaftlichem Erwerb sowie
- den Vorsteuerabzug aus Leistungen i. S. d. § 13b UStG (Reverse-Charge) verliert.

### Ermäßigte Umsatzsteuer auf E-Books und E-Paper



Für Leserinnen und Leser sollte es steuerlich keinen Unterschied machen, ob sie Zeitung, Zeitschrift bzw. Buch

auf Papier oder digital lesen. Deshalb soll bei E-Books und E-Paper der gleiche ermäßigte Mehrwertsteuersatz greifen, der auch für gedruckte Produkte gilt. Damit können Verlage ihren Leserinnen und Lesern attraktive Kombi-Angebote machen. Ausnahme: jugendgefährdende Publikationen oder überwiegend werbliche Bücher, Kartenmaterial für Navigationsgeräte oder Apps.

### Margenbesteuerung zukünftig auch für Unternehmen

Unter „Reiseleistungen“ fallen steuerrechtlich alle touristischen Leistungen – wie Beförderung zu den einzelnen Reisezielen, Transfer, Unterbringung und Verpflegung, Betreuung durch Reiseleiter etc. Sie werden über den § 25 UStG mit einer Margenbesteuerung erfasst, wenn die Leistungen an Privatpersonen gerichtet sind. Zukünftig soll die Steuer auch für Leistungen an Unternehmen gelten.

### Unentgeltliche Wertabgaben

Die derzeit mit § 3f UStG bestehende Spezialregelung zur Ortsbestimmung für die den entgeltlichen Lieferungen und sonstigen Leistungen gleichgestellten Tatbestände im Sinne des § 3 Abs. 1b und 9a UStG (unentgeltliche Wertabgaben) soll ersatzlos aufgehoben werden. Damit gelten für unentgeltliche Wertabgaben die allgemeinen Regelungen zur Bestimmung des Ortes der Lieferung und Leistungen.

### Steuerfreiheit von Sozial- und Bildungsleistungen

Änderungen ergeben sich auch durch die geplanten Steuerbefreiungen des § 4 Nr. 18 UStG (Wohlfahrtsverbände), § 4 Nr. 21 UStG (Privatschulen), § 4 Nr. 22 UStG (Erwachsenenbildung), § 4 Nr. 23 UStG (Versorgung von Jugendlichen zu Erziehungs- und Ausbildungszwecken) sowie § 4 Nr. 25 UStG (Einrichtungen der Jugendhilfe). Alle „eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundenen Leistungen von Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder anderen Einrichtungen, die keine systematische Gewinnerzielung anstreben“ werden demnach befreit.

## Änderungen in der Abgabenordnung

### Vollautomatische Fristverlängerungen und vollautomatische Verspätungszuschläge

Durch § 109 Abs. 4 AO-E wird eine vollautomatische Fristverlängerung möglich, bislang war nach § 155 Abs. 4 AO lediglich ein vollständig automationsgestützter Erlass von Steuerbescheiden und gleichgestellten Bescheiden möglich.

Verspätungszuschläge können zukünftig auch vollautomatisch festgesetzt werden (§ 152 Abs. 11 Satz 2 AO). Das heißt, dass das Finanzamt dann auch keinen Ermessens- oder Beurteilungsspielraum mehr für die vollautomatische Festsetzung des Zuschlags hat.



### Änderungen im Körperschaftsteuergesetz

#### **Lohnsummenregelung (§ 8c Abs. 1a Satz 3 Nr. 2 KStG-E)**

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 28. Juni 2018 (Rs. C-203/16 P) entschieden, dass die Sanierungsklausel zum Erhalt der Verlustvorträge im Rahmen des Anteilseignerwechsels bei Kapitalgesellschaften gem. § 8c Abs. 1a KStG keine unzulässige Beihilfe i.S.d. Art. 107 Abs. 1 AEUV und mithin rechtmäßig ist.

Aufgrund der Aufhebung der Suspendierung durch das Jahressteuergesetz 2018 ist die Sanierungsklausel rückwirkend wieder anwendbar. Hinsichtlich der in bestimmten Fällen maßgebenden Einhaltung der Lohnsummenregelung soll der Verweis auf die entsprechende Anwendung des § 13a Abs. 1 Satz 3 und 4 und Abs. 4 ErbStG statisch auf die Fassung des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018) festgeschrieben werden.

### Akuter Handlungsbedarf bis zum Jahresende

#### **Verjährung von Forderungen 2019**

Zum Jahreswechsel gehört nicht nur die planerische Sicht auf das neue Jahr, sondern die Beachtung noch wichtiger Erledigungen. Wichtig ist, die 3-Jahres-Frist bei Forderungen zu beachten. Denn mit Ablauf des 31. Dezember 2019 verjähren alle Zahlungsansprüche des täglichen Geschäftsverkehrs, die der regelmäßigen Verjährungsfrist (3 Jahre) unterliegen. Ende 2019 verjähren also die Forderungen, die 2016 entstanden sind.

Der Anspruch auf den Kaufpreis oder den Werklohn entstand zum Zeitpunkt, an dem der Unternehmer seine vertragliche Leistung erbracht hat. Auf eine Rechnungsstellung kommt es nicht an. Unternehmer müssen rechtzeitig vor dem 31. Dezember 2019 prüfen, ob sie im Jahr 2016 Leistungen an Kunden erbracht haben, die noch nicht gezahlt haben.

#### **Gesellschafter-Geschäftsführervergütung – Handlungsbedarf für 2020**

Etwa 80 % aller GmbHs sind inhabergeführt, d. h. Gesellschafter – überwiegend mit Mehrheitsbeteiligung – sind zugleich Geschäftsführer der GmbH. Wollen Sie im Jahr 2020 eine höhere Festvergütung oder einen weiteren Vergütungsbestandteil beziehen, z. B. erstmalig eine Tantieme oder eine betriebliche Altersversorgung, muss eine entsprechende Vereinbarung noch im alten Jahr getroffen werden. Nur dann ist auch der Betriebsausgabenabzug ab Januar 2020 möglich.

#### **Anzeigepflichten für Steuergestaltungen**

Für die Mitgliedstaaten wird es immer schwieriger, ihre nationalen Steuerbemessungsgrundlagen gegen Aushöhung zu schützen, da die Steuerplanungsstrukturen immer ausgefeilter werden und sich häufig die höhere

Mobilität von Kapital und Personen im Binnenmarkt zunutzen machen. Derartige Strukturen umfassen häufig Gestaltungen, die für mehrere Hoheitsgebiete gemeinsam entwickelt werden und durch die steuerpflichtige Gewinne in Staaten mit vorteilhafteren Steuersystemen verlagert werden oder die eine Verringerung der Gesamtsteuerbelastung der Steuerpflichtigen bewirken.

Auch wenn die neuen Anzeigepflichten für „meldepflichtige grenzüberschreitende Steuergestaltungen“ erst im nächsten Jahr gelten, besteht schon heute akuter Handlungsbedarf. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die bereits konkreten Vorgaben der EU-Richtlinie in den nächsten Monaten, bis spätestens zum 31. Dezember 2019, in deutsches Recht umzusetzen. Nach der Richtlinie haben Steuer-, Rechts- und Wirtschaftsberater Gestaltungssachverhalte zu dokumentieren, deren erster Umsetzungsschritt bereits ab dem 25. Juni 2018 erfolgt ist. Analog zur Meldepflicht für grenzüberschreitende Gestaltungen wird es auch eine innerstaatliche Mitteilungspflicht geben. Die Mitteilung der Steuergestaltung muss innerhalb von 30 Tagen nach Eintritt des mitteilungspflichtigen Ereignisses elektronisch, nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz, über die amtlich bestimmte Schnittstelle (ELSTER-Verfahren) an die zuständigen Finanzbehörden erfolgen. Von dort werden sie automatisch an das Bundeszentralamt für Steuern weitergeleitet, das dann den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten Einblick über ein Zentralarchiv bietet. Die geplanten Vorschriften sind ab dem 1. Juli 2020 in allen Fällen anzuwenden.

#### **Schutz vor Manipulation an digitalen Grundaufzeichnungen – Technische Sicherheitseinrichtung für elektronische Aufzeichnungssysteme**

Im Zuge der Digitalisierung kommen beim Verkauf von Waren und Dienstleistungen in der Regel elektronische Kassensysteme oder Registrierkassen (elektronische Aufzeichnungssysteme) zum Einsatz. Hierdurch hat sich das technische Umfeld des Besteuerungsverfahrens stark verändert. So sind nachträgliche Manipulationen an Aufzeichnungen elektronischer Kassensysteme (digitale Grundaufzeichnungen) ohne entsprechende Schutzmaßnahmen nur mit sehr hohem Aufwand feststellbar.

Das Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen hat daher zum Ziel, Manipulationen an solchen Aufzeichnungen weiter zu erschweren. Der zentrale technische Baustein zur Umsetzung des Gesetzesentwurfs ist die Einführung einer technischen Sicherheitseinrichtung. Der ursprünglich für die Einführung dieser Sicherheitseinrichtung vorgeschriebene Termin 1. Januar 2020 ist von vielen Betrieben wegen des zeitlichen Aufwands nicht zu halten. Die Finanzverwaltung hat sich deshalb mit einem Beschluss auf Bund-Länder-Ebene auf eine zeitlich befristete Nichtbeanstandungsregelung bis 30. September 2020 verständigt.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt müssen elektronische Aufzeichnungssysteme über eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung verfügen, die aus drei Bestandteilen besteht:

# JAHRESWECHSEL 2020

## INFORMATIONEN UND TIPPS ZUM NEUEN JAHR

- Sicherheitsmodul: Das Sicherheitsmodul gewährleistet, dass Kasseneingaben mit Beginn des Aufzeichnungsvorgangs protokolliert und später nicht mehr unerkannt verändert werden können.
- Speichermedium: Auf dem Speichermedium werden die Einzelaufzeichnungen für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gespeichert.
- Einheitliche digitale Schnittstelle: Die digitale Schnittstelle soll eine reibungslose Datenübertragung für Prüfungszwecke gewährleisten.

Ein Kassenhersteller oder Kassensoftware-Hersteller muss eine technische Sicherheitseinrichtung nicht unbedingt selbst entwickeln und zertifizieren, sondern kann eine am Markt verfügbare technische Sicherheitseinrichtung in das Kassensystem integrieren. Durch die einheitliche digitale Schnittstelle der technischen Sicherheitseinrichtung soll auch die Integration vereinfacht werden. Insbesondere sind für die digitale Schnittstelle keine besonderen Anforderungen an die physikalische Schnittstelle geplant, sodass übliche Standardschnittstellen, wie z. B. USB, Ethernet, SD-Karten etc., zum Einsatz kommen können.

### Anforderungen an die Zertifizierung der technischen Sicherheitseinrichtung

Die Zertifizierungspflicht beschränkt sich auf die technische Sicherheitseinrichtung, mit der die Aufzeichnungen des Kassensystems mit Beginn des Aufzeichnungsvorgangs zu sichern sind. Eine Zertifizierung der Kasse (oder Kassensoftware) selbst ist nicht vorgesehen. Hierdurch soll eine weitgehend flexible Integration in bestehende Kassensysteme ermöglicht werden. Die detaillierten Anforderungen an das Sicherheitsmodul, das Speichermedium, die digitale Schnittstelle sowie die elektronische Aufbewahrung sind vom BSI entwickelt und in technischen Richtlinien und Schutzprofilen veröffentlicht worden. Es ist vorgesehen, die Anforderungen an das Sicherheitsmodul technologieneutral in einem Schutzprofil nach ISO/IEC 15408 (Common Criteria) festzulegen.

Zur Erfüllung dieser Sicherheitsanforderungen müssen Hersteller ihre technische Sicherheitseinrichtung beim BSI zertifizieren lassen. Für das Speichermedium und die digitale Schnittstelle sind Interoperabilitäts- und Verfügbarkeitsanforderungen vorgesehen, welche in einer Technischen Richtlinie definiert und im Rahmen einer Zertifizierung nach Technischen Richtlinien geprüft werden. Weitere Informationen zur Zertifizierung finden Sie hier: [tinyurl.com/y9ofhlmr](https://tinyurl.com/y9ofhlmr)

## Weitere Änderungen für Unternehmen

### Geldwäschegesetz wird verschärft

Die Bundesregierung hat am 31. Juli 2019 den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie beschlossen. Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der EU-Richtlinie 2018/843 in nationales Recht und enthält im Wesentli-

chen Regelungen zu folgenden Bereichen:

- Erweiterung des geldwäscherechtlichen Verpflichtetenkreises (u. a. um elektronische Geldbörsen und Umtauschplattformen für Kryptowerte)
- verstärkte Sorgfaltspflichten bei Hochrisikoländern
- öffentlicher Zugang zum Transparenzregister und Vernetzung der nationalen Transparenzregister
- Verdachtsmeldepflicht freier Berufe bei Immobilien-transaktionen
- Korrespondenzbankbeziehungen innerhalb des Europäischen Währungsraums (EWR)

Darüber hinaus sind in den vergangenen Jahren verstärkt Geldwäscherisiken im deutschen Immobiliensektor in den Fokus gerückt, denen mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden soll.

### EEG-Umlage soll 2020 leicht steigen



Die Strompreise dürften im kommenden Jahr etwas anziehen. Grund dafür ist mitunter die EEG-Umlage. Die Ökostrom-Umlage dürfte Experten zufolge die Strompreise im kommenden Jahr zusätzlich leicht steigen lassen. Die Denkfabrik Agora rechnet mit einem Wert zwischen 6,5 und 6,7 Cent pro Kilowattstunde – in diesem Jahr liegt die sogenannte EEG-Umlage bei 6,41 Cent.

Verbraucher müssen demnach mit höheren Strompreisen rechnen, weil auch die Einkaufspreise an der Strombörse anziehen.

Mehr dazu unter [agora-energiewende.de](https://agora-energiewende.de).

### Erweiterter Verpflichtetenkreis

Im Steuerbereich erweitert sich der Verpflichtetenkreis über Abschlussprüfer, externe Buchprüfer und Steuerberater hinaus um jede andere Person, die als wesentliche geschäftliche oder gewerbliche Tätigkeit materielle Hilfe, Unterstützung oder Beratung im Hinblick auf Steuerangelegenheiten leistet. So unterliegen zukünftig auch Lohnsteuerhilfevereine (§ 4 Nr. 11 StBerG) den Vorgaben des Geldwäschegesetzes.

### LÖHNE, GEHÄLTER, SOZIALVERSICHERUNG

#### Die voraussichtlichen Rechengrößen für die Sozialversicherung in 2020

##### Krankenversicherung

- Allgemeiner Beitragssatz: 14,60 % + X
  - Arbeitnehmer: 7,30 % + X/2
  - Arbeitgeber: 7,30 % + X/2
- Ermäßigter Beitragssatz: 14,0 % + X
  - Arbeitnehmer: 7,00 % + X/2
  - Arbeitgeber: 7,00 % + X/2

##### Pflegeversicherung

- Allgemeiner Beitragssatz: 3,05 %
  - Arbeitnehmer: 1,525 %
  - Arbeitgeber: 1,525 %
- Besonderheit in Sachsen:
  - Arbeitnehmer: 2,025 %
  - Arbeitgeber: 1,025 %

##### Rentenversicherung

- Allgemeiner Beitragssatz: 18,60 %
  - Arbeitnehmer: 9,30 %
  - Arbeitgeber: 9,30 %

##### Knappschaft RV

- Allgemeiner Beitragssatz: 24,70 %
  - Arbeitnehmer: 9,30 %
  - Arbeitgeber: 15,40 %

##### Arbeitslosenversicherung

- Allgemeiner Beitragssatz: 2,50 %
  - Arbeitnehmer: 1,25 %
  - Arbeitgeber: 1,25 %

##### Insolvenzgeldumlage

- Allgemeiner Beitragssatz: 0,06 %

##### Künstlersozialversicherung

- Der Abgabesatz zur Künstlersozialversicherung bleibt im Jahr 2020 bei 4,2 %.

Quelle: lohn-info.de

### Erhöhung der Sachbezugswerte für Unterkunft und Verpflegung

Im Entwurf der Elften Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales folgende Sachbezugswerte bekannt gegeben:

- Der Sachbezugswert für Verpflegung soll bundeseinheitlich auf 258 EUR monatlich steigen (7 EUR mehr als 2019). Damit sind für verbilligte oder unentgeltliche Mahlzeiten für ein Frühstück 1,80 EUR, für ein Mittag- oder Abendessen 3,40 EUR anzusetzen.
- Der Sachbezugswert für freie Unterkunft soll bundeseinheitlich auf 235 EUR monatlich, kalendertäglich 7,83 EUR (4 EUR mehr als 2019) angesetzt werden.

### Gesetzlicher Mindestlohn 2020

Der gesetzliche Mindestlohn steigt voraussichtlich zum 1. Januar 2020 von 9,19 EUR auf 9,35 EUR.

Der gesetzliche Mindestlohn gilt weiterhin NICHT für:

- Jugendliche unter 18 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung
- Auszubildende – unabhängig von ihrem Alter – im Rahmen der Berufsausbildung
- Langzeitarbeitslose während der ersten sechs Monate ihrer Beschäftigung nach Beendigung der Arbeitslosigkeit
- Praktikanten, wenn das Praktikum verpflichtend im Rahmen einer schulischen oder hochschulischen Ausbildung stattfindet
- Praktikanten, wenn das Praktikum freiwillig bis zu einer Dauer von drei Monaten zur Orientierung für eine Berufsausbildung oder Aufnahme eines Studiums dient
- Jugendliche, die an einer Einstiegsqualifizierung als Vorbereitung zu einer Berufsausbildung oder an einer anderen Berufsbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz teilnehmen
- ehrenamtlich Tätige

In keiner Branche darf 2020 (abgesehen von den oben genannten Personengruppen) weniger gezahlt werden, als es der gesetzliche Mindestlohn vorsieht.

### Bereits feststehende Erhöhungen zum 1. Januar 2020

In mehreren Branchen steht bereits fest, dass die Branchen-Mindestlöhne zum 1. Januar 2020 steigen:

Branche	Branchen-Mindestlohn ab 1. Januar 2020
Dachdeckerhandwerk	13,60 EUR / 12,40 EUR (für Ungelernte)
Elektrohandwerk (Montage)	11,90 EUR
Leiharbeit/Zeitarbeit	9,35 EUR
Pflegebranche	11,35 EUR (West und Berlin) / 10,85 EUR (Ost)
Landwirtschaft	9,35 EUR



Mindestlohn Gebäudereinigerhandwerk	ab 1. Januar 2020	ab 1. Dezember 2020
Lohngruppe 1 West (Innenreinigung)	10,80 EUR	10,80 EUR
Lohngruppe 1 Ost (Innenreinigung)	10,55 EUR	10,80 EUR
Lohngruppe 6 West (Außen- und Glasarbeiten)	14,10 EUR	14,10 EUR
Lohngruppe 6 Ost (Außen- und Glasarbeiten)	13,50 EUR	14,10 EUR

## Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Der Solidaritätszuschlag wird für fast alle abgeschafft, wie im Koalitionsvertrag zugesagt: Für rund 90 % derer, die ihn bisher auf ihre Lohn- oder Einkommensteuer zahlen, fällt er vollständig weg. Für weitere rund 6,5 % entfällt der Zuschlag in Teilen. Im Ergebnis werden damit rund 96,5 % der Zahlenden ab dem 1. Januar 2021 finanziell bessergestellt. Das stärkt kleinere und mittlere Einkommen, insgesamt bleibt netto mehr.

Konkret sieht die Bundesregierung Folgendes vor: Die Freigrenze von bisher 972 EUR bzw. 1.944 EUR (Einzel-/ Zusammenveranlagung), bis zu der schon heute kein Solidaritätszuschlag anfällt, soll deutlich angehoben werden. Somit soll künftig kein Solidaritätszuschlag mehr erhoben werden, wenn die zu zahlende Lohn- oder Einkommensteuer unter 16.956 bzw. 33.912 EUR (Einzel-/ Zusammenveranlagung) liegt. Oberhalb dieser Grenze setzt eine sogenannte Milderungszone ein, in der der Solidaritätszuschlag nicht in voller Höhe erhoben, sondern schrittweise an den vollen Satz in Höhe von 5,5 % herangeführt wird. Diese Milderungszone gibt es schon heute im geltenden Recht, um einen angemessenen und verhältnismäßigen Übergang zu gewährleisten. Innerhalb der Milderungszone wächst der Solidaritätszuschlag mit steigendem Einkommen. Auf sehr hohe Einkommen (oberhalb der neuen Milderungszone) ist dann der bisherige Solidaritätszuschlag unverändert zu entrichten. Das ist der Fall, wenn das zu versteuernde Einkommen über 96.409 EUR (Alleinstehende) bzw. 192.818 EUR (Verheiratete) liegt.

Im Ergebnis wird eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Jahresbruttolohn von

- rund 151.000 EUR gar keinen Solidaritätszuschlag mehr entrichten,
- zwischen ca. 151.000 EUR und 221.000 EUR teilweise von der Solidaritätszuschlag-Zahlung befreit und
- ab ca. 221.000 EUR den bisherigen Betrag weiterhin in gleicher Höhe entrichten.

Alleinstehende werden bis zu einem Jahresbruttolohn von

- rund 73.000 EUR gar keinen Solidaritätszuschlag mehr entrichten,
- zwischen ca. 73.000 EUR und 109.000 EUR teilweise von der Solidaritätszuschlag-Zahlung befreit und
- ab ca. 109.000 EUR den bisherigen Betrag weiterhin in gleicher Höhe entrichten.

Quelle: BMF

## FÜR BAUHERREN UND VERMIETER

### Intelligente Stromzähler werden Pflicht

Neu ab 2020 ist eine Pflicht für Haushalte mit einem jährlichen Stromverbrauch von mehr als 6.000 kWh: Hier muss ein sogenanntes intelligentes Messsystem eingebaut werden. Dieses erfasst nicht nur den Verbrauch, sondern übermittelt die Daten auch digital an den Stromversorger und den Netzbetreiber.

### Wohngeldreform 2020 – Mehr Geld für 660.000 Haushalte



Ab dem 1. Januar 2020 wird es mehr Wohngeld geben. Mit der Wohngeldreform 2020 entlastet die Bundesregierung Haushalte mit geringem Einkommen stärker bei den Wohnkosten. Die Wohngeldreform 2020 bringt für die Empfängerinnen und Empfänger zunächst Leistungserhöhungen ab dem 1. Januar 2020. Die erhöhten Beträge orientieren sich an der allgemeinen Entwicklung der Mieten und der Einkommen.

#### Mehr Wohngeldberechtigte

Durch die Wohngelderhöhung werden nun mehr Haushalte als vorher wohngeldberechtigt sein. So haben rund 180.000 Haushalte erstmals oder erneut einen Wohngeldanspruch. Außerdem wird es eine neue Mietenstufe geben. Damit werden Haushalte in Städten mit besonders hohen Mieten gezielter entlastet. Die letzte Wohngelderhöhung gab es zum 1. Januar 2016.

#### Leistungsverbesserungen für Haushalte mit geringem Einkommen

Von der Wohngeldreform werden insgesamt rund 660.000 Haushalte in Deutschland profitieren. Darunter sind rund 25.000 Haushalte, die bisher auf Arbeitslosen-

geld II, Sozialgeld und Sozialhilfe angewiesen sind. Die Leistungsverbesserungen werden insbesondere Familien und Rentnerhaushalten zugutekommen.

### Dynamisierung und Freibeträge

Zum 1. Januar 2022 wird zudem eine Dynamisierung des Wohngeldes eingeführt. Alle zwei Jahre wird das Wohngeld damit an die aktuelle Miet- und Einkommensentwicklung angepasst. Diese regelmäßige Fortschreibung sichert die Leistungsfähigkeit der Wohngeldzahlungen. Wohngeld kann damit auch für erwerbstätige Haushalte mit niedrigen Einkommen eine Alternative zum Bezug von Grundsicherung sein. Außerdem werden die Freibeträge für pflegebedürftige oder behinderte Menschen erhöht.

### Wohngeld an Lebensbedingungen angepasst

Der Gesetzentwurf setzt entsprechende Vorgaben des Koalitionsvertrages um: Die Koalitionspartner hatten sich darauf verständigt, das Wohngeld in Deutschland an die allgemeinen und individuellen Lebensbedingungen anzupassen.

### Zentrale Wohngipfel-Vereinbarung umgesetzt

Die Erhöhung des Wohngeldes war eines der zentralen Ergebnisse des Wohngipfels im Bundeskanzleramt im letzten Jahr. Im September 2018 hatten Bund und Länder vereinbart, mit einer Wohngeldreform 2020 das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes zu stärken.

Quelle: bundesregierung

## Grundsteuerreform – Das Wesentliche in Kürze

Oberstes Ziel der Neuregelung ist es, das Grundsteuer- und Bewertungsrecht verfassungskonform und möglichst unbürokratisch umsetzbar auszugestalten. Denn die Grundsteuer muss als verlässliche Einnahmequelle der Kommunen erhalten bleiben.

Das heutige dreistufige Verfahren – Bewertung, Steuermessbetrag, kommunaler Hebesatz – bleibt erhalten. Die Bewertung der Grundstücke nach neuem Recht erfolgt erstmals zum 1. Januar 2022. Die heutigen Steuermesszahlen werden so abgesenkt, dass die Reform insgesamt aufkommensneutral ausfällt.

Die Gemeinden erhalten die Möglichkeit, für unbebaute, baureife Grundstücke einen erhöhten Hebesatz festzulegen. Diese sogenannte „Grundsteuer C“ soll dabei helfen, Wohnraumbedarf künftig schneller zu decken.

Um die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Grundsteuer- und Bewertungsrecht abzusichern, soll das Grundgesetz (Art. 72, 105 und 125b) geändert werden.

### Wann tritt die Regelung in Kraft?

Bis zum 31. Dezember 2024 haben die Länder die Möglichkeit, vom Bundesrecht abweichende Regelungen vor-

zubereiten. Die neuen Regelungen zur Grundsteuer – entweder bundesgesetzlich oder landesgesetzlich – gelten dann ab 1. Januar 2025. Bis dahin gilt das bisherige Recht weiter.

Quelle: Bundesregierung.de

## Bundesregierung hat ein Wohn- und Mietenpaket beschlossen



Die Entscheidungen im Überblick:

- Die Regelungen der Mietpreisbremse werden um fünf weitere Jahre verlängert. Zu viel gezahlte Miete soll auch rückwirkend für einen Zeitraum von 2,5 Jahren nach Vertragsschluss zurückgefordert werden können, sofern ein Verstoß gegen die Mietpreisbremse vorliegt.
- Der Betrachtungszeitraum für die ortsübliche Vergleichsmiete wird von vier auf sechs Jahre verlängert. Ein Gesetzentwurf zur Reform des Mietspiegelrechts wird bis Jahresende vorgelegt.
- Zu erwarten ist noch ein Gesetzentwurf, der die Möglichkeit zur Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen begrenzt.
- Die Nebenkosten für den Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum sollen deutlich gesenkt werden. Käufer von Wohnungen und Einfamilienhäusern sollen künftig maximal die Hälfte der Maklerkosten tragen müssen.
- Die Wohnungsbauprämie wird bis Ende 2019 evaluiert. Auf Grundlage der Ergebnisse wird die Koalition die Wohnungsbauprämie attraktiver ausgestalten, um zusätzliche wohnungspolitische Effekte zu erzielen.
- Die Möglichkeiten für Kommunen zur Schließung von Baulücken sollen verbessert werden, etwa durch eine Weiterentwicklung des Vorkaufsrechts oder durch die erleichterte Anwendung eines Baugebots. Ein weiterer Schwerpunkt soll der ländliche Raum sein. So soll die Außengebietsentwicklung erleichtert und eine neue Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt werden, um den Bedürfnissen des ländlichen Raums besser zu entsprechen (Verlängerung § 13b BauGB).

Quelle: bmi.bund.de

### Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus

Das Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus ist am 1. August 2019 in Kraft getreten. Es führt eine Sonderabschreibung ein, die es attraktiv macht, neue Mietwohnungen zu bauen. Das schafft Anreize für private Investoren, bezahlbare Mietwohnungen zu bauen. Künftig können Investoren vier Jahre lang zusätzlich jeweils 5 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten einer neuen Mietwohnung bei der Steuer geltend machen. Die Abschreibungsmöglichkeit von jährlich 2 % bleibt bestehen. Private Investoren erhalten Klarheit: Der Bundesrat hat am 28. Juni 2019 den Sonderabschreibungen beim Mietwohnungsneubau zugestimmt.

Das Gesetz ermöglicht privaten Investoren, befristet für 4 Jahre, 5 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten einer neuen Wohnung bei der Steuer geltend zu machen – zusätzlich zur bereits geltenden linearen Sonderabschreibung über 2 %. Damit könnten in den ersten vier Jahren insgesamt 28 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten einer neuen Mietwohnung steuerlich abgeschrieben werden. Das gilt bei Bauantrag und Bauanzeige ab dem 1. September bis Ende 2021.

Voraussetzung für die Sonderabschreibung ist, dass die Anschaffungs- oder Herstellungskosten 3.000 EUR je Quadratmeter Wohnfläche nicht übersteigen. Um sicherzustellen, dass die neuen Wohnungen nicht als Ferienwohnungen (unter-) vermietet werden, hat der Bundestag klargestellt, dass die Wohnungen dauerhaft bewohnt sein müssen.

### FÜR HEILBERUFE

#### Jahressteuergesetz – Auswirkungen auf Heilberufe



Mit § 4 Nr. 29 UStG will der Gesetzgeber die Kooperation und Leistungsgemeinschaften von Krankenhäusern, Ärzten, der Altenhilfe, Wohlfahrtsunternehmen, Bildungseinrichtungen und Trägern der Jugendhilfe sowie gemeinwohlorientierten Körperschaften des öffentlichen Rechts fördern. Diese Unternehmen sollen stärker Leistungen austauschen und dabei von der Steuerbefreiung profitieren. Bislang war diese Art der Befreiung nur für ärztliche Gerätekooperationen vorgesehen.

Jetzt sollen sich Kostenteilungsgemeinschaften für eine Vielzahl von sozialen Leistungsfeldern bilden und ausdehnen.

### KBV und GKV-Spitzenverband haben Honorar für 2020 vereinbart

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der GKV-Spitzenverband haben ihre Honorarverhandlungen abgeschlossen. Neben einer Preissteigerung für ärztliche und psychotherapeutische Leistungen vereinbarten sie für 2020 Verbesserungen zur Vergütung der Humangenetik und von Videosprechstunden.

Der sogenannte Orientierungswert, auf dessen Grundlage die Preise für alle vertragsärztlichen und -psychotherapeutischen Leistungen berechnet werden, steigt zum 1. Januar 2020 um 1,52 %. Damit wächst das Honorarvolumen um 565 Mio. EUR. „Es ist gut, dass wir eine Einigung erzielen konnten, zumal die Forderungen anfangs weit auseinanderlagen. Die gemeinsame Selbstverwaltung hat ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt“, sagte Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV).

Extrabudgetär vergütet werden ab dem kommenden Jahr „ärztliche Beurteilungs- und Beratungsleistungen“ in der Humangenetik. Bislang waren diese Leistungen mit der sogenannten morbiditätsbedingten Gesamtvergütung, welche die Kassen mit befreiender Wirkung zahlen, abgedeckt. Diese Regelung gilt für drei Jahre. GKV-Spitzenverband und KBV verständigten sich außerdem darauf, die bereits bestehende extrabudgetäre Vergütung von Leistungen der Tumorgenetik um drei Jahre zu verlängern. Auch Videosprechstunden werden finanziell gefördert. Ab 1. Oktober 2019 zahlen die gesetzlichen Krankenkassen Ärztinnen und Ärzten, die Videosprechstunden durchführen, eine Anschubfinanzierung. Diese kann bis zu 500 EUR pro Arztpraxis und Quartal betragen. Die Fördermöglichkeit gilt für zwei Jahre.

Quelle: PM KBV

### EINKOMMENSTEUER UND PERSÖNLICHE VORSORGE

#### Einkommensteuerliche Änderungen im Rahmen des Jahressteuergesetzes

Ab 1. Januar 2020 sind folgende Neuregelungen bei der Einkommensteuer geplant:

#### Steuerliche Maßnahmen für günstigen Wohnraum – Wohnen für Hilfe – innovative Wohnformen fördern

Die steuerliche Förderung richtet sich z. B. an oft hilfsbedürftige Personen, die ein Zimmer in ihrer Wohnung oder in ihrem Haus z. B. Studierenden oder Auszubildenden gegen Hilfeleistungen im Alltag in Form von haushaltsnahen Tätigkeiten zur Verfügung stellen. Gleichzeitig werden auch diejenigen, die die Hilfeleistung erbringen, steuerlich gefördert. Durch die Neuregelung werden die



# JAHRESWECHSEL 2020

## INFORMATIONEN UND TIPPS ZUM NEUEN JAHR

Wohnung/Unterkunft und die übliche Verpflegung des Wohnraumnehmers und die Vorteile des Wohnraumbesitzers aus den Leistungen des Wohnraumnehmers steuerfrei gestellt.

**Weitere Änderungen zu Reisekosten, Sachbezügen, Elektromobilität, Soli etc. siehe unter Für Unternehmer**

### Steuerliche Grundfreibeträge, Kinderfreibetrag, Kindergeld



- Der steuerliche Grundfreibetrag wird ab 2020 auf 9.408 EUR angehoben. Bei einer Zusammenveranlagung gelten bei Ehepartnern oder Lebenspartnern jeweils doppelte Beträge.
- Der Kinderfreibetrag steigt 2020 auf 7.812 EUR.
- Gleichzeitig wird das Kindergeld ab dem 1. Januar 2020 monatlich je Kind angehoben auf 204 EUR beim 1. Kind, 210 EUR beim 2. Kind und 235 EUR beim 3. und jedem folgenden Kind.
- Zum Ausgleich der „kalten Progression“ werden die Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer um die geschätzte Inflationsrate des Jahres 2020 (1,95 %) nach rechts verschoben.

### FÜR SPARER UND KAPITALANLEGER

#### Änderungen bei Kapitalerträgen im Privatvermögen

Durch Änderungen im § 20 EStG und als Reaktion auf die jüngste BFH-Rechtsprechung können zukünftig Ausfälle von Kapitalforderung, z. B. aus Darlehnsforderungen im privaten Bereich oder entstandene Verluste durch die Ausbuchung von Aktien, steuerlich nicht mehr geltend gemacht werden.

Zur Vermeidung von Verlusten aus Umgehungsgeschäften, wie z. B. durch die Übereignung wertloser Wirtschaftsgüter oder Forderungen, will der Gesetzgeber, dass diese steuerlich nicht mehr absetzbar sind. Das Gleiche gilt auch für Verluste aus dem Verfall von termingeschäftlichen Optionen. Um dem Zinsänderungsrisiko bei variabler Zinsgestaltung nicht zu unterlaufen, werden häufig Zinsderivatgeschäfte abgeschlossen, welche als eigenständige Verträge zustande kommen und hohe Verlustrisiken bieten.

Verluste aus dem Verfall aus der Übertragung wertloser Finanzprodukte (z. B. Knock-Out-Zertifikate) gehen an den Emittenten zu einem Minimalpreis. Zukünftig sollen Zinsen aus alternativen Anlageformen wie dem Crowdfunding oder Crowdlending dem Kapitalertragsteuerabzug unterliegen.

### Ab 2020 – Krypto-Verwahrgeschäft fällt unter Bafin-Aufsicht



Die Finanzaufsichtsbehörde Bafin beaufsichtigt ab 1. Januar 2020 auch Verwahrstellen für digitale Vermögenswerte – sogenannte Kryptowerte. Die Entscheidung der Bundesregierung bestätigt, was seit dem ersten Entwurf des Umsetzungsgesetzes für die 5. Geldwäscherichtlinie abzusehen war. Damit sollen sowohl die technische Infrastruktur als auch die Einhaltung angemessener Risikomanagement- und Compliance-Prozesse gewährleistet werden.

Für traditionelle Banken gilt weiterhin, dass sie mit ihrer Banklizenz künftig nicht auch Bitcoin und Co. anbieten dürfen, sondern auf externe Dienstleister oder neue Töchter zurückgreifen müssen.

### Kein Geld verschenken, Riester-Zulage beantragen!

Viele Riester-Sparer verschenken Geld, weil sie es versäumen, die jährliche Riester-Zulage vom Staat rechtzeitig zu beantragen. Deshalb staatliche Förderung sichern! Wem das Ausfüllen der Formulare zu kompliziert ist, kann auch das Dauerzulageverfahren in Anspruch nehmen. Dabei erteilen Sie Ihrem Anbieter eine Vollmacht, die Zulagen jährlich für Sie zu beantragen.

### WICHTIGER HINWEIS

Gesetze und Rechtsprechung ändern sich fortlaufend. Nutzen Sie deshalb unseren Brief zur Information. Bitte denken Sie aber daran, dass Sie vor Ihren Entscheidungen grundsätzlich unsere Beratung in Anspruch nehmen, weil wir sonst keine Verantwortung übernehmen können.

**Gleich gebührenfrei faxen an: 0800 . 11 19 934**

DEUBNER MEDIEN e.K. | Vogelsanger Straße 187 | 50825 Köln

Tel.: 02 21 . 94 40 30 44 | [info@deubner.de](mailto:info@deubner.de) | [www.deubner.de/mandanteninfo](http://www.deubner.de/mandanteninfo)

☐ Ja, ich bestelle die

## **Wollschläger | Mandanten-Information JAHRESWECHSEL 2020**

**INFORMATIONEN UND TIPPS ZUM NEUEN JAHR**

Umfang: 16 Seiten DIN A4

- ☐ als **Datei** pdf-Format  
☐ **ohne** Briefkopf – Einarbeitung  
☐ **mit** Briefkopf – Einarbeitung

☐ als **gedruckte Broschüre mit**

\_\_\_\_\_ Exemplaren **ohne** Briefkopf - Einarbeitung

\_\_\_\_\_ Exemplaren **mit** Briefkopf - Einarbeitung

☐ mein / Unser Briefkopf liegt Ihnen vor.

Meinen / unseren Briefkopf sende ich Ihnen

- ☐ im Original per Post oder  
☐ im pdf-Format per E-Mail an [puetsch@deubner.de](mailto:puetsch@deubner.de) zu.  
(Aus Qualitätsgründen bitte keine Scans oder Faxe)

☐ **Ja, ich wünsche ab sofort völlig unverbindlich ein  
Muster-PDF per E-Mail sobald eine Mandanten-Information neu erscheint!**

**Es gelten jeweils folgende Staffelpreise:**

ab 50 Stück	je 3,90 €
ab 100 Stück	je 3,70 €
ab 200 Stück	je 3,40 €

Datei ohne Briefkopf-Einarbeitung 119 €

Datei mit Briefkopf-Einarbeitung 159 €

Alle Preise zuzüglich Versand und  
MwSt., bei der gedruckten Broschüre  
kommen zu den o.g. Stückpreisen  
noch die Entgelte für die Druckvorlage  
(mit oder ohne Briefkopfeindruck  
hinzu.)

E-Mail für die Musterzusendung / Dateilieferung – wird nur dafür verwendet!

**Absender**

Datum/Unterschrift